

Zürich ist gelebte Vielfalt

**Die Umsetzung der integrationspolitischen
Ziele der Stadt Zürich 2019–2022**

Kurzbericht der Integrationsförderung

1 Integrationspolitische Ziele 2019–2022

Zugang ermöglichen

Alle Bewohnerinnen und Bewohner profitieren gleichermaßen von den Angeboten und Dienstleistungen der Stadt Zürich.

Die Stadt Zürich gestaltet ihre Dienstleistungen und Angebote so, dass sie die Bevölkerung erreichen. Wichtige Informationen stehen leicht verständlich und bei Bedarf in mehreren Sprachen zur Verfügung.

Die Stadt Zürich engagiert sich gegen Diskriminierung. Sie passt Regelungen und Abläufe an, welche die Integration erschweren.

Die Stadt Zürich begrüsst die Diversität ihres Personals. Sie unterstützt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Aufgaben, die sich durch eine vielfältige Belegschaft und Bevölkerung ergeben.

Teilhabe stärken

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich beteiligen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten am wirtschaftlichen und sozialen Alltag. Die Zivilgesellschaft trägt aktiv zum Gemeindeleben bei.

Die Stadt Zürich sorgt dafür, dass Kinder und Jugendliche, die in der Stadt Zürich aufwachsen, nach deren individuellen Fähigkeiten gefördert werden und eine Ausbildung abschliessen.

Die Stadt Zürich fördert die sprachlichen, sozialen und rechnerischen Grundkompetenzen, die ihre erwachsene Bevölkerung im Alltag und bei der Arbeit benötigt.

Die Stadt Zürich bezieht die Bevölkerung in ihre integrationspolitische Arbeit mit ein. Sie erwartet, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner für ihre Integration und das gute Zusammenleben engagieren.

Die Stadt Zürich fördert zivilgesellschaftliche Aktivitäten, bei denen die Bevölkerungsvielfalt sichtbar wird und die zur Vernetzung, zum gegenseitigen Verständnis oder zu gemeinsamem Tun beitragen.

Willkommenskultur pflegen

Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sind Teil der Stadtgesellschaft. Sie werden auf Basis der geltenden Rechtsordnung in ihrer persönlichen Lebensweise respektiert.

Die Stadt Zürich begrüsst Personen, die neu in die Stadt ziehen, informiert sie über die wichtigsten Angebote und gibt ihnen das für sie nützliche Orientierungswissen weiter.

Die Stadt Zürich setzt sich auf der Basis des geltenden Rechts dafür ein, dass die in der Stadt gelebten kulturellen und religiösen Traditionen sichtbar sein können und Wertschätzung erfahren.

Die Stadt Zürich begegnet Vorbehalten gegenüber der Migration oder den städtischen Integrationszielen mit einem offenen und sachlichen Dialog.

Herausforderungen angehen

Die Stadt Zürich schaut hin, wenn es «nicht gut läuft». Sie reagiert vorausschauend sowie mit tragfähigen Lösungen auf Schwierigkeiten im Zusammenleben.

Die Stadt Zürich erkennt integrationspolitische Herausforderungen und Problemstellungen, bezeichnet diese als solche und geht sie aktiv an.

Die Stadt Zürich ist dafür besorgt, dass sich die Bevölkerung sicher fühlt und den öffentlichen Raum nutzen kann. Sie arbeitet präventiv gegen alle Formen der Radikalisierung und reagiert bei Bedarf mit geeigneten Massnahmen.

Sich integrationspolitisch klar positionieren

Die Stadt Zürich nimmt Stellung zu wichtigen integrationspolitischen Fragestellungen. Sie wird als weltoffene Stadt wahrgenommen, in der liberale und solidarische Werte geachtet werden.

Die Stadt Zürich orientiert ihre Integrationspolitik an den Grund- und Menschenrechten. Sie engagiert sich dafür, die Situation von besonders vulnerablen Gruppen wie Flüchtlingen oder Sans-Papiers zu verbessern.

Die Stadt Zürich leistet Grundlagenarbeit und ermöglicht Diskussionen zu integrationsrelevanten Themen. Sie nimmt zu wichtigen Fragen politische Stellung und engagiert sich auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene für den Erfahrungsaustausch und die Weiterentwicklung von Integrationsmassnahmen.

2 Die Integrationspolitik der Stadt Zürich



Die Stadt pflegt eine aktive Integrationspolitik. Der Stadtrat legt dazu seit 2006 alle vier Jahre integrationspolitische Ziele fest. Sie stehen für die laufende Weiterentwicklung der städtischen Integrationsarbeit und werden nach jeder Legislatur jeweils überprüft und wenn nötig angepasst.

Die integrationspolitischen Ziele sind strategischer Natur. Ihre operative Umsetzung steht in der Verantwortung der Departemente und Dienstabteilungen. Sie umfasst insbesondere Aktivitäten und Massnahmen, die sich auf die gegebenen städtischen Aufgaben beziehen und in den sogenannten Regelstrukturen umgesetzt werden. Bei bestehenden Lücken kommen Angebote und Massnahmen dazu, die die Arbeit der Regelstrukturen ergänzen und die gemäss dem Ausländer- und Integrationsgesetz AIG der spezifischen Integrationsförderung zugeordnet werden.

Der vorliegende Bericht liefert eine Zusammenstellung von Massnahmen, die in den einzelnen Departementen in den Jahren 2019–2022 umgesetzt oder angegangen wurden. Basis bildet eine Umfrage bei den Departementen, welche die Integrationsförderung im Winter 2021/22 im Auftrag der stadträtlichen Integrationsdelegation durchgeführt hat. Aufgrund der speziellen Finanzierung weitgehend ausgeklammert bleiben die vorwiegend im Asyl- und Fluchtbereich realisierten Massnahmen. Zu beachten ist weiter, dass die städtischen Grundaufgaben in den Bereichen Bildung, Arbeitsintegration, Gesundheit, Soziokultur, Sicherheit etc. in der Regel nicht aufgeführt sind, obwohl sie für die Integration und das Zusammenleben in Zürich von grosser Bedeutung sind.

Die Zusammenstellung der gemeldeten Massnahmen findet sich im [Kapitel 5](#) am Ende dieses Berichts. Sie beschränkt sich auf eine Auswahl. Aufgeführt werden Massnahmen, die aufgrund ihrer Vorgehensweisen für die gesamte Verwaltung von Interesse sind. Auch werden Aktivitäten aufgeführt, zu denen sich die Stadt Zürich in den letzten vier Jahren integrationspolitisch positionierte oder Grundlagenarbeiten leistete, die über die Stadt hinaus auf Beachtung stiessen.

So zeigt sich, dass der Grundgedanke der Integration innerhalb der Stadtverwaltung breit verankert ist. Die Regelstrukturen nehmen sich des Themas an. Im Zentrum stehen dabei vorwiegend Fragen des Zuganges zu bestehenden Leistungen. Der Bericht hebt einzelne Vorhaben hervor, die als innovative Vorgehensweisen für die gesamte Verwaltung von Interesse sind. In den vergangenen vier Jahren hat sich die Stadt Zürich wiederholt integrationspolitisch positioniert und Grundlagenarbeiten geleistet, die über die Stadt hinaus auf Beachtung stossen.

Auf der Basis der bisherigen Erfahrungen hat der Stadtrat die integrationspolitischen Ziele auf die neue Legislatur hin wiederum überprüft. Welche Anpassungen er dabei vorgenommen hat, zeigt [Kapitel 4.3](#). So wird künftig die Verantwortung der Stadt als Arbeitgeberin stärker betont. Zudem wird der Zugang zu städtischen Dienstleistungen und Angeboten für vulnerable Zielgruppen regelmässig überprüft werden.

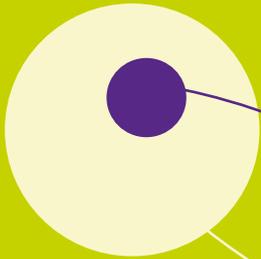
3 Städtzürcher Bevölkerung: Ausgewählte Daten und Fakten



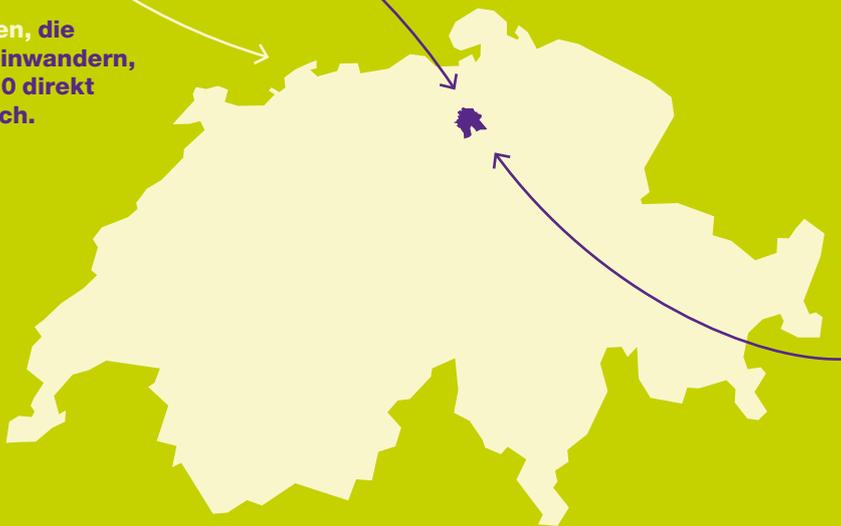
Von 100 Zürcher*innen sind 48 im Ausland geboren. (Personen über 15 Jahre, 2020)



Beinahe jede dritte Person in der Stadt Zürich hat keine Schweizer Staatsangehörigkeit. (2021)

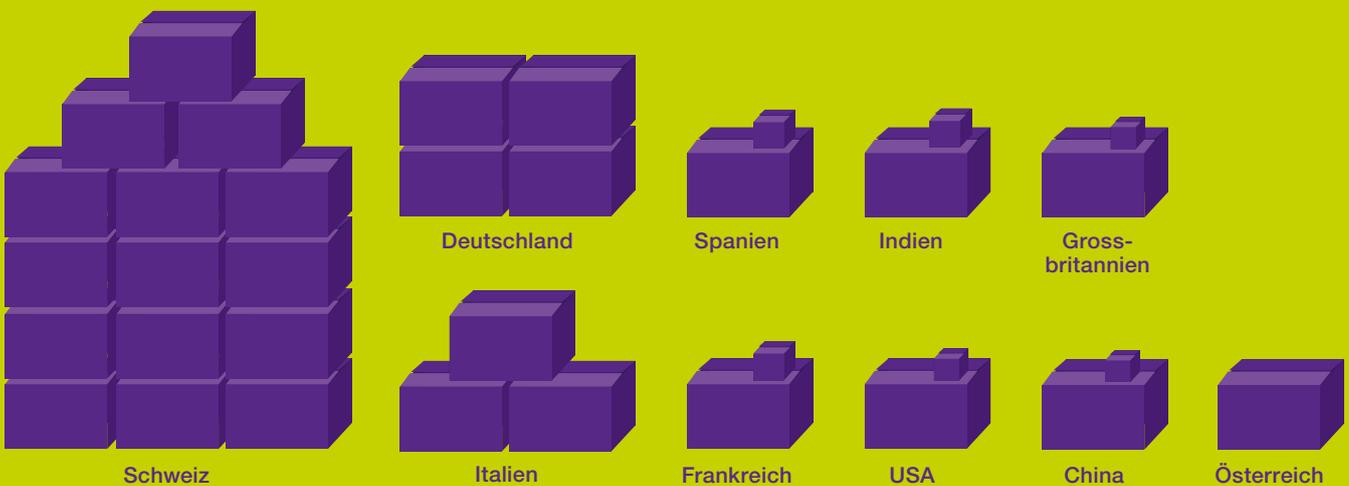


Von 100 Personen, die in die Schweiz einwandern, gelangen rund 10 direkt in die Stadt Zürich.



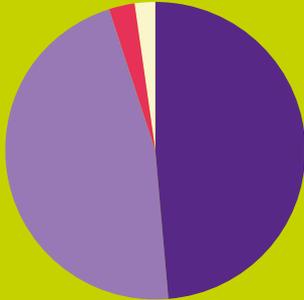
20 000 Personen

pro Jahr ziehen direkt aus dem Ausland in die Stadt Zürich.



Die 10 häufigsten Zuzugsländer ausländischer Personen (ohne kurzfristige Aufenthalte unter 4 Monaten, 2020)

Aufenthaltsarten ausländischer Personen (2020)



Niedergelassene (C)	68 377
Jahresaufenthalter*innen (B)	65 286
Übrige Aufenthaltsarten	3 932
Asylsuchende/Geflüchtete mit vorläufiger Aufnahme	2 748

Schätzungsweise

10 000 Personen

leben ohne geregelten Aufenthaltsstatus in der Stadt Zürich (Sans-Papiers).



19

von 100 städtischen Angestellten besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit. (2020)

Die 10 häufigsten Hauptsprachen (2019)

Deutsch

Englisch

Italienisch

Französisch

Spanisch

Bosnisch, Kroatisch, Montenegrinisch und Serbisch (BKMS)

Portugiesisch

Albanisch

Türkisch

Arabisch



Jede fünfte Person in der Stadt Zürich hat zwei Hauptsprachen.
(Personen über 15 Jahre, 2019)

In der Stadt Zürich werden 50 Hauptsprachen von jeweils mindestens 100 Personen gesprochen.
(Personen über 15 Jahre, gepoolte Daten 2014–2018)



Von 100 Zürcher*innen sprechen 89 in ihrem Umfeld Deutsch.
(Personen über 15 Jahre, 2019)



Von 100 Zürcher*innen sprechen 94 in ihrem Umfeld eine Landessprache oder Englisch.
(Personen über 15 Jahre, 2019)

4 Einblick in vier Jahre Umsetzung

Viele Verwaltungsstellen tragen zur Umsetzung der städtischen Integrationspolitik bei. Das zeigen die Rückmeldungen aus einer Umfrage der Integrationsförderung bei den städtischen Departementen.

Die Realitäten in den einzelnen Verwaltungsstellen unterscheiden sich indes stark. Sei es aufgrund des Aufgabenbereichs, der Anzahl Mitarbeitender oder des rechtlichen Spielraums. Trotz unterschiedlicher Realitäten in den einzelnen Bereichen der Stadtverwaltung gibt es aus Sicht der städtischen Integrationsförderung Gemeinsamkeiten und Tendenzen bei der Umsetzung der integrationspolitischen Vorgaben. Diese stehen hier im Fokus.

4.1 Positionierung und Innovation

Migration findet vorwiegend zwischen Städten statt. Zuwanderung aus dem In- und Ausland hat für die Stadt Zürich eine hohe Bedeutung. Städtische Räume wie Zürich haben für viele Menschen eine wichtige Rolle bei der Integration. Entsprechend entwickelten Städte früh Erfahrungen und Kompetenzen im Umgang mit Migration und Integration und formulierten entsprechende Grundlagen. So hat der Zürcher Stadtrat bereits 1979 integrationspolitische Grundsätze und Aufgaben formuliert.

Zürich leistet Grundlagenarbeit und positioniert sich

Die besondere Bedeutung der Städte bringt mit sich, dass sich in Städten integrations- und migrationspolitische Fragestellungen oft früher und deutlicher akzentuieren. In Fragen der Integration ist die Stadt Zürich über die Stadtgrenzen hinaus eine wichtige Stimme.

Die Stadt Zürich will ihr Erfahrungswissen, aber auch ihren Blick auf integrationspolitische Herausforderungen aktiv einbringen. Das zeigte sich etwa während des Lockdowns. Um die Bevölkerung weiterhin mit ihren Angeboten zu erreichen, haben Integrationsförderung und AOZ neue Lern- und Informationsformate getestet oder für die Bereitstellung mehrsprachiger Informationen auf unterschiedlichen Informationskanälen gesorgt. Die dabei gesammelten Erfahrungen stiessen in Fachkreisen über die Stadt hinaus auf Beachtung.

Das Sozial- sowie das Schul- und Sportdepartment leisten mit der Sprachstanderhebung bei Vorschulkindern im Rahmen des überdepartementalen Programms «gut vorbereitet in den Kindergarten» wichtige Grundlagenarbeiten. Wiederholt hat die Stadt Zürich auf die sozialen Folgeschäden der zunehmenden Verschränkung von Migrationspolitik und Sozialhilfe hingewiesen. Von Bedeutung über die Stadt hinaus war der Bericht der Projektgruppe Rassismus im öffentlichen Raum PG RiöR zum Umgang mit kolonialen Spuren.

Mit einer Behördeninitiative setzt sich der Stadtrat dafür ein, dass Gemeinden im Kanton Zürich ein Wahl- und Stimmrecht für ausländische Personen einführen können. Gemeinsam mit anderen Schweizer Städten engagiert sich Zürich dafür, dass die Schweiz zusätzliche Geflüchtete aufnimmt. In den vergangenen vier Jahren wurden verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Sans-Papiers ergriffen. Besonders berücksichtigt wird dabei der Zugang von Sans-Papiers zu städtischen Leistungen und Angeboten wie etwa der Gesundheitsversorgung. Die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der Züri City Card stossen national und international auf grosse Beachtung.

Innovative Ansätze

Die mit der Digitalisierung gebotenen Möglichkeiten werden von städtischen Stellen zunehmend zur Erreichung von Zielgruppen genutzt. So etwa der Einsatz von Übersetzungstools in der Kurzberatung oder bei der Informationsweitergabe. Automatische Übersetzungstools bieten ein grosses Potential in der Kommunikation. Allerdings setzt deren Anwendung besondere Rahmenbedingungen voraus und wirft rechtliche Fragen auf.

Sprache ist nicht das einzige Mittel zur Überwindung von Kommunikationshürden. Zunehmend setzen städtische Stellen deshalb auf Erklärvideos, Chatfunktionen auf der Website oder überarbeiten ihre Kommunikation unter dem Aspekt einfacher Sprache. Dies sowohl in der internen wie externen Kommunikation. Folgende Vorhaben könnten auch für andere städtische Einrichtungen von Interesse sein:

Entsorgung+Recycling (ERZ) setzt künftig vermehrt auf Piktogramme, Erklärvideos und ein mehrsprachiges Informationsblatt. Die EntsorgungsApp gibt es seit 2021 in englischer Sprache. Angegangen wird zudem die Integration eines Übersetzungsdienstes in die Wartung der Webinhalte. Damit die Website künftig nicht mehr nur auf Deutsch, sondern konsequent auch auf Englisch und Französisch geführt werden kann, sollen textliche Anpassungen automatisch an eine Übersetzungsagentur übermittelt werden.

Das Stadtrichteramt fokussiert zum Abbau von Kommunikationshürden auf den Einsatz einfacher Sprache. 2021 wurde mit dem Innovationsprojekt «Einfache Sprache leichtgemacht» begonnen. Das Vorhaben hat zum Ziel, die schriftliche Kommunikation sprachlich zu vereinfachen, ohne dass die Wirksamkeit der Rechtsprechung angetastet wird. Mit dem Projekt werden wichtige Erfahrungswerte in der Abwägung zwischen einfacher, verständlicher Kommunikation und dem Anspruch nach rechtlicher Korrektheit gewonnen. Viele städtische Stellen sehen hier nach wie vor ein kaum überwindbares Spannungsfeld.

In Zusammenarbeit mit dem «immigration policy lab» der ETH überprüft die Einbürgerungsabteilung die Wirkung ihrer Informationsarbeit. Im Zentrum steht die Frage, wie mit kleinen Anpassungen in der Informationsarbeit eine bessere Wirkung erzielt werden kann. Die Resultate zeigen, wie Einbürgerungshürden abgebaut und so die Anzahl der Einbürgerungsgesuche erhöht werden konnte. Die Stadt Zürich hat ein grosses Interesse daran, dass sich Personen einbürgern lassen. Die Einbürgerung verbessert nachweislich die Integration.

4.2 Trends in der Umsetzung

Die vielfältigen Realitäten in der Stadtverwaltung erfordern eine auf die jeweiligen Gegebenheiten angepasste Umsetzung der integrationspolitischen Vorgaben. Trotz der Unterschiede: Ein Blick auf die Umsetzungsbeispiele der vergangenen vier Jahre zeigt Gemeinsamkeiten. Im Zentrum stehen dabei vielerorts Fragen des Zuganges. Ein hoher Anteil der Massnahmen richtet sich an die Bevölkerung.

Regelstrukturen nehmen sich des Themas

Integration an

Der Grundgedanke der Integration ist innerhalb der Stadtverwaltung verankert. Ausdruck davon ist, dass ein grosser Teil der Integrationsaktivitäten der städtischen Stellen innerhalb der Regelstrukturen stattfindet. Mehr als die Hälfte der Rückmeldungen aus den Departementen beinhaltet entsprechende Massnahmen.

So definiert etwa die neue Altersstrategie Massnahmen zur Verbesserung des Zuganges, der Teilhabe und Mitgestaltung der Migrationsbevölkerung und das städtische Kulturleitbild sieht verschiedene Massnahmen zur kulturellen Teilhabe vor.

Massnahmen, die sich aufgrund eines ausgewiesenen Bedarfs spezifisch an die Migrationsbevölkerung richten, machen einen kleineren Anteil aus. Beispiele dafür sind Beratungsangebote wie Infodona, die städtische Sprachförderung, die Integrationskurse der Fachschule Viventa, die Programme zur Arbeitsmarktqualifikation der AOZ und der Sozialen Einrichtungen und Betriebe oder das mehrsprachig ausgerichtete Projekt «Schulbotschafter*innen» des Schulamtes, welches sich spezifisch an zugewanderte Eltern richtet.

Fragen des Zuganges stehen im Zentrum

Die Verbesserung des Zuganges ist seit jeher ein zentraler Aspekt sowohl integrativer Massnahmen als auch einer professionellen Verwaltungsarbeit. Fragen des Zuganges stehen in einem engen Zusammenhang mit der Grundhaltung, dafür zu sorgen, dass die ganze Bevölkerung die für sie relevanten Angebote und Dienstleistungen kennt und bei Bedarf oder Interesse auch nutzt.

Entsprechend richtet sich ein grosser Teil der Massnahmen städtischer Stellen direkt an die Bevölkerung. Im Fokus steht dabei neben der Verbesserung des Zuganges insbesondere der Abbau von Zugangshürden. Besonders bedeutsam ist dies für Menschen in vulnerablen Lebenslagen. So wurden 200 städtische Angebote und Dienstleistungen auf den Zugang für Sans-Papiers hin überprüft.

Bevölkerung im Fokus

In den vergangenen vier Jahren fanden vielerorts Aktivitäten statt, welche die Bevölkerung im Fokus hatten. Im Zentrum stand vorwiegend die Migrationsbevölkerung.



4 Einblick in vier Jahre Umsetzung

Dabei fällt auf: Migrant*innen stehen primär als Klient*innen der Stadtverwaltung im Fokus. Weniger in den Blick geraten sie als Mitarbeitende städtischer Stellen.

Entsprechend gibt es deutlich weniger Massnahmen, die städtische Strukturen oder städtisches Personal zur Zielgruppe haben. Ein kleiner Teil städtischer Stellen meldet zudem einzelne Massnahmen wie etwa die Bereitstellung von Praktikumsplätzen oder Integrationsvorlehren für Geflüchtete. Aus diesem Grund wird die Rolle der Stadt Zürich als Arbeitgeberin in den neuen integrationspolitischen Zielen ausdrücklich erwähnt.

4.3 Ausblick auf die neuen integrationspolitischen Ziele 2022–2026

Die integrationspolitischen Ziele 2019–2022 haben sich bewährt. Sie bleiben für die Legislatur 2022–2026 in ihrer Grundausrichtung unverändert, werden durch den Stadtrat aber teilweise ergänzt oder durch explizitere Formulierungen angepasst.

So soll künftig der Zugang zu städtischen Dienstleistungen und Angeboten für vulnerable Zielgruppen regelmässig überprüft werden. Auch wird die Verantwortung der Stadt als Arbeitgeberin bewusst erwähnt. Stärker gefördert werden soll zudem das freiwillige Engagement zu Gunsten der Integration.

Rassismus wird zudem ausdrücklich als gesellschaftliches Problem benannt, das die ganze Stadt betrifft und dessen Bekämpfung eine Daueraufgabe ist. Explizit als integrationspolitische Ziele genannt werden ferner das Engagement für das lokale Stimm- und Wahlrecht für ausländische Personen, die Verbesserung der Situation von Geflüchteten und die Einführung einer Züri City Card.

Gemeldete Massnahmen nach Schwerpunkten



5 Was die Stadtverwaltung umsetzt

Die hier aufgeführten Massnahmen stellen einen Auszug aus den der Integrationsförderung gemeldeten Aktivitäten dar. Es sind insbesondere Massnahmen, die in der Berichtsperiode entweder neu ergriffen oder weiterentwickelt wurden.

Mehrheitlich ausgeklammert in der vorliegenden Übersicht bleiben die Grundaufgaben der städtischen Regelstrukturen sowie die Integrationsarbeit im Asyl- und Fluchtbereich.

5 Was die Stadtverwaltung umsetzt

5.1 Zugang ermöglichen

Allgemeine Verwaltung

Stadtschreiberin (STS)

- Zugang zu Einbürgerungs-
informationen verbessert
mit Informationsschreiben,
vereinfachtem Webauftritt
und Erklärfilm

Präsidialdepartement (PRD)

Bevölkerungsamt (BVA)

- Ausbau der englischen
Informationen auf Website
- Sensibilisierung zu
Diskriminierungsfreiheit
- Beachtung der Diversität
in Personalpolitik
- Kaderanlass mit Fokus
Diversität

Museum Rietberg (MRZ)

- Diskriminierungskritischer
Umgang mit Darstellungen,
Bildern und Sammlungsbe-
ständen
- Diversitätsorientierte
Personalpolitik

Stadtentwicklung, Integrationsförderung (STEZ, IF)

- Bildungs- und Beratungsan-
gebot für städtische Stellen
zu interreligiösen Frage-
stellungen (Auftrag an ZIID)

Fachstelle für Gleichstellung (ZFG)

- Informationsplattform
Care-Arbeit (CareInfo)
- Biblio-Talks zu Rassismus
und Migration

Finanzdepartement (FD)

Steueramt (SST)

- Beachtung Fremdsprachen-
kenntnisse bei Personal-
rekrutierung

Sicherheitsdepartement (SID)

Stadtpolizei (Stapo)

- Diversitätsziele
in Personalpolitik
- Brückenbauer*in

Schutz und Rettung (SRZ)

- Vermehrte Kommunikation
mittels einfacher Sprache
auf TikTok

Stadtrichteramt (StRA)

- Einfach zugänglicher
Online-Schalter
- Einfache Kommunikation
mit Erklärvideos

Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD)

Departementssekretariat

- Pilotprojekt interkulturelles
Dolmetschen
- Beachtung Migrations-
aspekte in Altersstrategie
- Interne Arbeitsgruppe
Rassismus
- Mehrsprachige Geburtsvor-
bereitung (Mammamundo)

Stadtpital Zürich (STZ)

- Mehrsprachige Informations-
arbeit des Impfzentrums
- Zusammenarbeit
mit migrationspezifischen
Fachstellen
- Ambulatorium für Personen
in vulnerablen Situationen

Gesundheitszentren für das Alter (GFA)

- Beachtung der Themen
Diskriminierung und
Rassismus in Einführungs-
veranstaltungen,
Weiterbildungsmodulen
und Führungsausbildung

Städtische Gesundheits- dienste (SGD)

- Krankenversicherung
für Sans-Papiers
- Femme Tische
für Migrantinnen

Tiefbau- und Entsor- gungsdepartement (TED)

Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ)

- Englische Version
EntsorgungsApp
- Verschiedene Massnahmen
im Bereich Kommunikation
(Piktogramme/Einfache
Sprache/Information für
Neuzuziehende)

Grün Stadt Zürich (GSZ)

- Einfache Kommunikation
- Imagefilm zu Diversität
- Diversitätsorientierte
Personalpolitik

Schul- und Sport- departement (SSD)

Schulamt (SAM)

- Mehrsprachige
Schulbotschafter*innen

Sozialdepartement (SD)

Departementssekretariat, Kontraktmanagement

- Massnahmenplan
Frühe Kindheit

Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL)

- Übersetzung Merkblätter
und Broschüren in leicht ver-
ständliche Sprache

Laufbahnzentrum (LBZ)

- Mehrsprachige Elternabende
- Pilotprojekt interkulturelle
Dolmetschende an Sekun-
darschulen (Berufsberatung)

Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB)

- Toleranzboxen
für städtische Kitas

Soziale Dienste (SOD)

- Erweiterung des Sprachan-
gebotes der Beratungsstelle
Infodona

AOZ

- Mehrsprachige Info-Line
zu COVID-19
- Zürcher Anlaufstelle
Rassismus ZÜRAS

5 Was die Stadtverwaltung umsetzt

5.2 Teilhabe stärken

Präsidialdepartement (PRD)

Museum Rietberg (MKZ)

- Zusammenarbeit mit lokalen Migrationsgemeinschaften

Kultur (KTR)

- Massnahmen zur kulturellen Teilhabe (Kulturleitbild)

Stadtentwicklung, Integrationsförderung (STEZ, IF)

- Umsetzung des städtischen Sprachförderkonzepts 2019
- Umsetzung der interkulturellen Programmwochen
- Angebot Potenzialerhebung Deutschlernen
- Beratung Berufseinstieg für im Familiennachzug Zugezogene
- Unterstützung MAXIM Theater

Finanzdepartement (FD)

Liegenschaften

Stadt Zürich (LSZ)

- Regelmässige Sozialraumanalyse
- Kleinräumige Projekte zur Stärkung des Zusammenlebens

Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD)

Departementssekretariat

- Versorgungskonzept für Neugeborene (Familystart)

Stadtpital Zürich (STZ)

- GEP-Praktikumsplätze für berufliche Integration

Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich (SAW)

- Regelmässige Siedlungssprechstunde
- Gemeinschaftsaktivitäten

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED)

Tiefbauamt (TAZ)

- Begegnungsprojekt «Brings uf d'Strass!»

Schul- und Sportdepartement (SSD)

Schulamt (SAM)

- Stärkung der Sozialraumorientierung der Schulen
- Projekt BeFrei (Koordination Betreuungs- & Freizeitangebote)
- Programm «Gut vorbereitet in den Kindergarten»

Sportamt (SPA)

- Gewaltprävention im Sport
- Förderung Freiwilligensport
- Zugang zu Sportangeboten mit Kulturlegi

Fachschule Viventa (FSV)

- Optimierung der Angebote «Integrationskurs für Erwachsene», «Deutsch- und Orientierungskurs» und «Berufsorientierung für Erwachsene».

Musikschule Konservatorium (MKZ)

- Programme zur musikalischen Grundausbildung (MGA) und Klassenmusizieren (KLAMU)

Sozialdepartement (SD)

Departementssekretariat, Kontraktmanagement

- Future-Kids Mentoringprogramm

Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB)

- Förderung der Sprachkompetenzen im Frühkindbereich

5.3 Willkommenskultur pflegen, Herausforderungen angehen, sich integrationspolitisch klar positionieren

Stadtrat

- Behördeninitiative «Für ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer»
- Massnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Sans-Papiers

Präsidialdepartement (PRD)

Bevölkerungsamt (BVA)

- Abgabe Begrüssungscouvert für Neuzuziehende
- Regelmässige Kontakte zu religiösen Gemeinschaften (Bestattungswesen)

Stadtentwicklung, Integrationsförderung (STEZ, IF)

- Jährliche Migrationskonferenz zu integrations- und migrationspolitischen Themen

Fachstelle für Gleichstellung (ZFG)

- Beachtung Migrationsaspekte im Begleitprogramm zur Stadthaus-Ausstellung zum Frauenstimmrecht
- Gleichstellungspreis an Sans-Papiers-Anlaufstelle

Schul- und Sportdepartement (SSD)

Fachstelle Gewaltprävention

- Anlaufstelle Volksschule und Jugendorganisationen

Sozialdepartement (SD)

Departementssekretariat, Kontraktmanagement

- Begegnungszentrum im Bundesasylzentrum (BAZ)
- Finanzielle Beiträge an Sans-Papiers-Anlaufstelle

